



Landespreis für Innere Sicherheit 2008

Netzwerke für öffentliche Sicherheit und Ordnung – Ordnungspartnerschaften

Inhalt

Vorwort	2
Der Wettbewerb 2008	4
Preisträger des Landespreises für Innere Sicherheit 2008	6
Ordnungspartnerschaft Bochum: Projekt zur Städtebaulichen Kriminalprävention „Sonnenleite“	8
Ordnungspartnerschaft Bonn: „Bonner Wege aus dem Bonner Loch“ – eine Ordnungs- und Sozialpartnerschaft	10
Ordnungspartnerschaft Essen: „Gemeinsam planen – Sicherheit gestalten“, Stadt, Wohnungswirtschaft und Polizei Essen auf neuen Wegen	12
Ordnungspartnerschaft Brühl: „Kinderunfallkommission“	14
Ordnungspartnerschaft Verkehrsverbund Rhein-Sieg: „Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Rheinland“	16
Ordnungspartnerschaften: Gemeinsam zum Ziel	18
Chronik: Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen	22
Impressum	27





Der Wettbewerb 2008

Im Dezember 2008 wurde der Landespreis für Innere Sicherheit zum sechsten Mal vergeben. Mit diesem Wettbewerb bietet sich allen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Institutionen und Behörden ein Anreiz, ihre Projektideen und ihre Erfahrungen aus Ordnungspartnerschaften untereinander auszutauschen und sie der Öffentlichkeit vorzustellen.

Um diesen Landespreis haben sich in diesem Jahr Träger von insgesamt 13 Ordnungspartnerschaften mit ihren Projekten beworben.

Wie in den Vorjahren erfolgte die Auswahl der Preisträger durch eine fachlich besetzte Jury, der Vertreterinnen und Vertreter des Landespräventionsrates Nordrhein-Westfalen, des ADAC sowie des nordrhein-westfälischen Innenministeriums angehörten. Alle Projekte wurden auf Originalität und Wirtschaftlichkeit geprüft und bewertet, aber auch nicht zuletzt darauf, wie sie ihre Ziele erreicht haben. Aus den eingegangenen Bewerbungen wurden fünf Ordnungspartnerschaften ausgezeichnet:

- Ordnungspartnerschaft Bochum: Projekt zur Städtebaulichen Kriminalprävention „Sonnenleite“
- Ordnungspartnerschaft Bonn: „Bonner Wege aus dem Bonner Loch“ eine Ordnungs- und Sozialpartnerschaft
- Ordnungspartnerschaft Essen: „Gemeinsam planen – Sicherheit gestalten“ Stadt, Wohnungswirtschaft und Polizei auf neuen Wegen
- Ordnungspartnerschaft Brühl: „Kinderunfallkommission“
- Ordnungspartnerschaft Verkehrsverbund Rhein-Sieg: „Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Rheinland“

Weitere Informationen zu den ausgezeichneten Ordnungspartnerschaften finden Sie auf den folgenden Seiten und im Internet unter www.polizei.nrw.de.



- Aktuelles
 - Themen
 - Blaue Uniform
 - Landessicherheitspreis
 - 2008
 - 2007
 - Ordnungspartnerschaften
 - Wir über uns
 - Aufgaben
 - Polizeiberuf
 - Recht
 - Zahlen und Fakten
 - Publikationen
 - Links
 - Im Notfall
- Inhaltsverzeichnis

Sie sind hier: [Portalseite der Polizei NRW](#) > [Themen](#) > [Landessicherheitspreis](#) > 2008

Landespreis für Innere Sicherheit 2008



Fünf Ordnungspartnerschaften aus Nordrhein- Westfalen werden 2008 ausgezeichnet. Ein verwahlter 70er Jahre Hochhausblock voll Graffiti, die meisten verunglückten Kinder im Straßenverkehr und ein düsterer, schmutziger Hauptbahnhof mit ausgeprägter Drogenszene: Das sind beispielhafte Probleme, die die Projekte in Bochum, Bonn, Essen, Brühl und im Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg lösen.

→ [mehr zum Landespreis 2008](#)

Bildergalerie zur Verleihung des Landespreises für Innere Sicherheit 2008



Innenminister Dr. Ingo Wolf hat am 12. Dezember 2008 die fünf Preisträger des Landespreises für Innere Sicherheit in der Halle Münsterland für ihre herausragenden Leistungen geehrt und Ihnen für ihr Engagement in Ordnungspartnerschaften den Landespreis überreicht. Pressefotos (in hoher Auflösung für den Druck) finden Sie auf der Homepage des Innenministeriums NRW. Bitte hier [anklicken!](#)

→ [mehr zur Bildergalerie Landespreis 2008](#)

Bochumer gemeinsam für Viertel "Sonnenleite"



Leerstehende Wohnungen, Anonymität, Graffiti und Straftaten wie Sachbeschädigung und Diebstähle: So war die Situation in der Hochhausiedlung Sonnenleite im Bochumer Stadtteil Langendreer noch vor wenigen Jahren. Doch durch das Engagement vieler Beteiligten hat sich dies deutlich verändert.

→ [mehr zum Projekt "Sonnenleite"](#)

Bonner Wege aus dem Bonner Loch



Für viele Bonner Bürgerinnen und Bürger war die unterirdische Ebene des Bonner Hauptbahnhofs viele Jahre die Problemzone in der Bundesstadt. Über mehrere Jahre habe sich Polizei und unterschiedlichste Institutionen und Vereine für eine Veränderung an diesem zentralen Ort der Innenstadt eingesetzt.

→ [mehr zum Projekt Bonner Loch](#)

Suchen

Suchbegriff

Broschüre Landespreis 2008

Gemeinsam sind wir stark
Landessicherheitspreis 2008
Netzwerk für öffentliche Sicherheit
und Ordnung - Ordnungspartnerschaften

Die Broschüre stellt die Preisträger 2008 und ihre Ordnungspartnerschaften vor.

→ [Broschüre Landespreis für Innere Sicherheit 2008](#)
[PDF - 3724 KB]

Teilnehmer am Wettbewerb:

Aachen	Verhinderung von Gewalt in Verbindung mit Alkoholexzessen bei Feiern im öffentlichen Raum
Bergheim	Gesamtstädtisches Handlungskonzept zur Öffentlichen Sicherheit und Ordnung
Brühl	Kinderunfallkommission
Bochum	Projekt zur Städtebaulichen Kriminalprävention „Sonnenleite“
Bonn	Bonner Wege aus dem Bonner Loch – eine Ordnungs- und Sozialpartnerschaft
Duisburg	Citywache
Essen	Gemeinsam planen – Sicherheit gestalten – Stadt, Wohnungswirtschaft und Polizei auf neuen Wegen
Gelsenkirchen	Handy-Nutzung zwischen Fortschritt und Strafgesetzbuch
Gütersloh	Alterskontrollscheibe
Gütersloh	Projekt Wechselgeld mit Videoüberwachungssystem „Contravandalismus“
Ratingen	Prävention Integration Ratingen West (PIR West)
Präventiver Rat Oberhausen	Ordnungspartnerschaft Respekt & Toleranz
Verkehrsverbund Rhein-Sieg	Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Rheinland



6

Preisträger des Landespreises für Innere Sicherheit 2008



„Sonnenleite“ – Projekt zur Städtebaulichen Kriminalprävention in Bochum



„Bonner Wege aus dem Bonner Loch“ – Ordnungs- und Sozialpartnerschaft in Bonn



Kinderunfallkommission – Ordnungspartnerschaft in Brühl



„Gemeinsam planen – Sicherheit gestalten“ – Stadt, Wohnwirtschaft und Polizei auf neuen Wegen in Essen

Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Rheinland





Städtebauliches Präventionsprojekt „Sonnenleite“

Der Bochumer Arbeitskreis „Städtebauliche Kriminalprävention“ besteht aus Vertretern der Polizei, verschiedenen Stadtämtern, der Wohnungsbaugesellschaft VBW und der Universität.

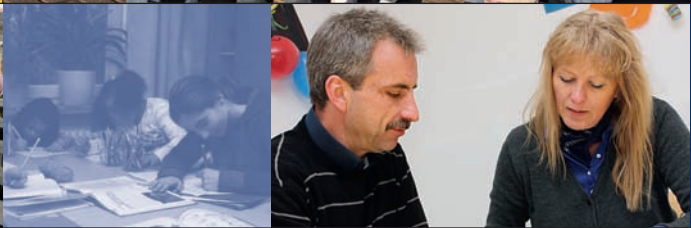
Er setzte sich im Jahre 2005 zum Ziel, durch Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation die Kriminalität in der Siedlung Sonnenleite im Bochumer Stadtteil Langendreer dauerhaft zu senken. Bei diesem Wohngebiet handelt es sich um eine Hochhausiedlung aus den 70er Jahren mit einem hohen Anteil sozial schwacher Haushalte und einem hohen Migrantenanteil.

Die Situation in der Sonnenleite war geprägt von Anonymität, Verwahrlosung und mangelnder Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohngebiet. Verschiedene Gruppen von Jugendlichen versammelten sich an unübersichtlichen Stellen und belästigten durch ihr Verhalten (Lärm, Alkoholkonsum, Abfall, Pöbeleien) in erheblichem Maße die anderen Bewohner. Das Sprühen von Graffiti war alltäglich. Straftaten wie Sachbeschädigungen, Diebstähle, Beleidigungen und mehr waren an der Tagesordnung, wurden aber weder von der Wohnungsbaugesellschaft noch von den Bewohnern angezeigt. Die

Wohnungsbaugesellschaft beklagte zunehmende Mieterfluktuation und Leerstände.

Die im Arbeitskreis abgestimmten Maßnahmen zielen auf eine Erhöhung der formellen und informellen Sozialkontrolle. Durch einfache (garten-)bauliche Veränderungen wurde der gesamte Komplex heller und übersichtlicher gestaltet. Die Hauseingänge wurden nach und nach so umgebaut, dass sie gut einsehbar sind. Bei Reparaturen werden vandalismusresistente Materialien eingesetzt.





Das Wohnungsunternehmen VBW stellte zusätzliche Hausmeister ein und erweiterte deren Aufgabenfeld. Sie sind nun bis zehn Uhr abends im Wohngebiet präsent.

Es finden zudem gemeinsame Streifen von Polizei und Ordnungsamt statt. Multikulturelle Mieterfeste fördern das gegenseitige Kennenlernen der verschiedenen Bewohnergruppen.

Besonderer Wert wurde darauf gelegt, die Angebote für Kinder und Jugendliche zu verbessern, die Jugendlichen in die Gestaltung mit einzubeziehen und sie vor allem für die Erhaltung der Anlagen in die Verantwortung zu nehmen (Neugestaltung der Spiel- und Sportangebote,

Graffiti-Projekt, Müllsammelaktion, Einrichtung eines kostenlosen Internetzuganges). Ein Unterstand als Treffpunkt für Jugendliche ist derzeit in Vorbereitung.



Das Wohnungsunternehmen VBW stellt inzwischen einen Rückgang der Mieterfluktuation fest, es gibt weniger leer stehende Wohnungen und auch weniger Schäden durch Vandalismus. Langjährige Mieter melden zurück, dass sie sich erstmals seit Jahren in ihrer Siedlung wieder sicher fühlen.





U HAUPTBAHNHOF

10

„Bonner Wege aus dem Bonner Loch“

Rückblick in das Jahr 1990: Das Bonner Loch, die unterirdische Ebene und der Vorplatz des Hauptbahnhofs, ist verwinkelt, düster und schmutzig. Der Vorplatz ist ein Treffpunkt für Obdachlose, Drogen- und Alkoholabhängige. Vielen sieht man ihr Elend an, manche liegen auf dem Boden, nicht ansprechbar. Oft rücken Rettungskräfte zur Reanimation an. Drogen werden offen gehandelt. Spritzen liegen im Müll. Überfälle. Schlägereien. Gestank.

Heute ist das Bonner Loch heller und freundlicher. Es gibt dort die „Gemeinsame Anlaufstelle von Stadt und Polizei Bonn Innenstadt“ (GABI): Eine breite Glasfront, dahinter Licht, Helfer und Berater – sichtbar präsent. Kaum jemand trinkt hier noch Alkohol oder handelt offen mit Drogen.

Was ist geschehen?

1992 begann die Veränderung im Bonner Loch. Die GABI wurde gegründet, noch an einem anderen Standort. Sie liegt zwar in einem eher abgelegenen Winkel, aber seitdem arbeiten Polizei und Ordnungsamt sichtbar Hand in Hand. Die Sicherheit steigt. Trotzdem: Probleme bleiben, etwa weil sich die Szene gleichzeitig vergrößert

und die Beschaffungskriminalität steigt. Bis zum Jahr 2006 spitzen sich die öffentlichen Diskussionen um das Bonner Loch stark zu.

Schließlich schalten sich die beiden großen Kirchen in Bonn ein und rufen einen Runden Tisch zusammen. Aus diesen Treffen entsteht schließlich eine Ordnungs- und Sozialpartnerschaft, die mit ihrem Kooperationsvertrag am 22. Oktober 2007 „Bonner Wege aus dem Bonner Loch“ unterzeichnet. Mit im Boot sind jetzt neben der schon in der GABI aktiven Polizeiinspektion Nord-Ost und der Stadt Bonn auch der Caritasverband für die Stadt Bonn e.V., das Diakonische Werk der evangelischen Kirchenkreise Bonn und Bad Godesberg-Voreifel, der Verein für Gefährdetenhilfe (VfG) sowie die Abteilung für Suchterkrankungen und Psychotherapie der Rheinischen Kliniken Bonn. Neue, fruchtbare Ideen entstehen durch das „Mehr an Miteinander“ und werden gemeinsam umgesetzt.

Ein besonderes Anliegen ist, für Obdachlose und Abhängige ein Leben in Würde zu ermöglichen. Weitere Ziele sind Sicherheit, Prävention und Hilfsangebote. Außerdem gilt es, das Bonner Loch ansprechender zu gestalten.



Ein Teil dieses neuen Netzwerks ist die Clearingstelle für Drogenabhängige in der Bonner Innenstadt. Dort sind Streetworker im Einsatz, die den Betroffenen konkrete Hilfe anbieten und die Menschen auch an zuständige Stellen in den jeweiligen Heimatgemeinden vermitteln. Seit 2007 sorgt ein Zeitungsprojekt des Vereins für Gefährdetenhilfe (VfG) für mehr Perspektiven und Selbstbewusstsein bei Obdachlosen, Alkohol- und Drogenabhängigen. Sie kommen durch die Redaktionsarbeit und den Verkauf der „FiftyFifty“ aus der Isolation und verdienen sich auch ein bisschen Geld hinzu.

Um das Thema „Raus aus der Isolation“ geht es auch bei den Angeboten der City-Station. Ein paar Minuten Fußweg vom Bonner Loch entfernt, finden gerade Wohnungslose Unterstützung, Obdach, Essens- und Waschmöglichkeiten. Durch die Arbeit der Partnerschaft gibt es seit 2007 eine neue vielseitige Sportanlage und ein verbessertes Essensangebot.

Für Suchtkranke ist auch in medizinischer Hinsicht einiges geschehen: Ein wichtiges Ziel der Partnerschaft ist, dass Hausärzte stärker an das Suchthilfesystem angebunden werden. Akteure sind hier die Abteilung für Suchterkrankungen und Psychotherapie der Rheinischen Kliniken Bonn und die Selbsthilfeorganisation für Suchtkranke Kreuzbund e.V. Bonn.

Im Mai 2008 schließlich ist die GABI ins Zentrum der Bahnhofunterführung gezogen. Eine breite Glasfront bringt Transparenz und Licht und steigert das Sicherheitsgefühl.

In Sachen Alkohol hat es zum Juli dieses Jahres in Bonn eine große Neuerung gegeben: Im Bonner Loch ist es seither verboten, Alkohol zu trinken. Die Partnerschaft sorgt dafür, dass die neue Situation in der Szene „aufgefangen“ wird: Vor allem durch mehr Hilfs- und Aufenthaltsangebote.

Was bleibt zu tun?

Das Bonner Loch hat für die Offene Szene inzwischen deutlich an Sogwirkung verloren. Gleichzeitig ist die Attraktivität für die Öffentlichkeit offenbar gestiegen.

Kleinere Szene-Gruppen treffen sich jetzt an anderen Orten. Sie werden aber mit neuen, gut koordinierten Angeboten besser betreut als jemals zuvor.

In jedem Fall haben die Bonner Wege aus dem Bonner Loch gezeigt, dass es möglich ist, auch bei unterschiedlichsten Perspektiven und Interessenlagen auf ein gemeinsames Ziel hin zu handeln.





Gemeinsam planen – Sicherheit gestalten

„Integrative Kooperation“ als neuer Weg der Zusammenarbeit in der Städtebaulichen Kriminalprävention.

Bereits seit 1994 kümmert sich das Kommissariat Vorbeugung beim Essener Polizeipräsidium um das Thema „Städtebauliche Kriminalprävention“. Im Jahr 2002 wurde – erstmalig in Nordrhein-Westfalen – ein eigenes Sachgebiet für dieses Themenfeld eingerichtet. Seitdem kann sich ein Beamter ausschließlich damit befassen.

Die Zusammenarbeit mit den kommunalen Stellen entwickelte sich sehr schnell und effektiv. Aber schon die ersten Kontakte zur privaten Wohnungs- und Immobilienwirtschaft zeigten, dass hier eine andere Vorgehensweise erforderlich sein würde, als man dies im Verwaltungs-Miteinander kannte. Zu groß erschienen die Vorbehalte der Unternehmensvertreter gegenüber einer allzu engen Kooperation mit der Polizei. Auch wurden immer wieder wirtschaftliche Bedenken und die Sorge vor zusätzlichen Investitionskosten angeführt.

Umfangreiche vorbeugende Maßnahmen in verbindlichen Kooperationen mit den Unternehmen der Wohnungs-

und Immobilienwirtschaft erschienen so zunächst nicht machbar.

Als Antwort auf diese Herausforderung wurde hier 2006 das Handlungskonzept „Integrative Kooperation“ entwickelt. Nach diesem Konzept sollten künftig größere Wohnungsbauprojekte so begleitet werden können, dass auch die Umsetzung umfangreicher Präventionsmaßnahmen, ja sogar der Eingriff in die grundsätzliche Konzeption dieser Vorhaben möglich wird.

Erreicht werden soll dies dadurch, dass der Sachbearbeiter „Städtebauliche Kriminalprävention“ fest und dauerhaft in die Abwicklung des Bauprojektes/das Planungsteam eingebunden und nicht wie bislang nur in Stellungnahmen oder punktuellen Beiträgen angehört wird.

Die erkennbaren Vorbehalte und Hemmschwellen werden dadurch aufgelöst, indem



- auch die wirtschaftlichen Vorteile eines solchen Vorgehens herausgestellt werden
- Auftreten, Flexibilität und einige Arbeitsweisen der Polizeibeamten an die bei den Wohnungsunternehmen bestehenden (oft informellen) Normen angepasst werden und
- den Kontaktpartnern aus der Wohnungswirtschaft vermittelt wird, dass sich vorbeugende Maßnahmen immer auch an den wirtschaftlichen und unternehmerischen Anforderungen und dem Projekterfolg orientieren.

Ende 2006 wurde dieses Konzept dem Essener Immobilienprojektentwickler HOPF IEG Nessler GmbH & Co. KG vorgestellt, der ein neues Wohnquartier in Essen Rütenscheid plante. Es wurde eine Kooperation als Modellprojekt angeboten, in die das Unternehmen einwilligte, auch wenn zunächst Bedenken hinsichtlich möglicher Mehrkosten oder einer Stigmatisierung des Projektes bestanden.

In der folgenden Zusammenarbeit gelang es, einige wesentliche kriminalpräventive Änderungen in das Neubauprojekt „Quartier 4“ einzubringen:

- Änderung der Käuferzielgruppe, um eine altersdurchmischte Bewohnerstruktur zu erzeugen.

- Anpassung der Wohnumfeldgestaltung zur Erreichung einer verbesserten Sozialkontrolle.
- Schaffung einer gleichmäßigen Beleuchtungssituation durch zusätzliche Beleuchtungseinrichtungen, auch an den privaten Wegen im Quartier (trotz hoher Mehrkosten).

Schon kurz nach dieser ersten Kooperation mit dem neuen Handlungskonzept wurde hierauf die ALLBAU AG, das größte Wohnungsunternehmen in Essen, aufmerksam und fragte ebenfalls um eine solche Zusammenarbeit für eines der dort anstehenden Neubauprojekte an. Auch im Wohnprojekt „Generationenwohnen am Woldrüggen“ konnten viele Präventionsmaßnahmen umgesetzt werden, die in der bisherigen Beratungspraxis nicht denkbar gewesen wären.

Beide Projekte zeigen auf, dass das Handlungskonzept „Integrative Kooperation“ Möglichkeiten bietet, die Zusammenarbeit in der Städtebaulichen Kriminalprävention für beide Seiten gewinnbringend zu gestalten. Sowohl ALLBAU als auch HOPF haben angekündigt, auch in künftigen Projekten auf die Kooperation zurückzukommen.





Gemeinsam sind wir stark: Kinderunfallkommission Brühl

Nunmehr zehn Jahre gemeinsamer Arbeit in der Kinderunfallkommission Brühl haben bewiesen: Die Vernetzung aller Akteure bietet die größten Chancen für eine wirkungsvolle Verkehrssicherheitsarbeit für Kinder.

Am Anfang stand im Jahr 1997 die Jahrespressekonferenz der Polizei zu den Verkehrsunfalldaten. Hier nahm die Stadt Brühl einen traurigen Spitzenplatz bei den Kinderunfallzahlen ein. Den Verantwortlichen von Polizei und Stadt war eines klar: Jeder für sich alleine konnte daran nicht viel ändern. Die Idee der „Kinderunfallkommission“ wurde geboren.

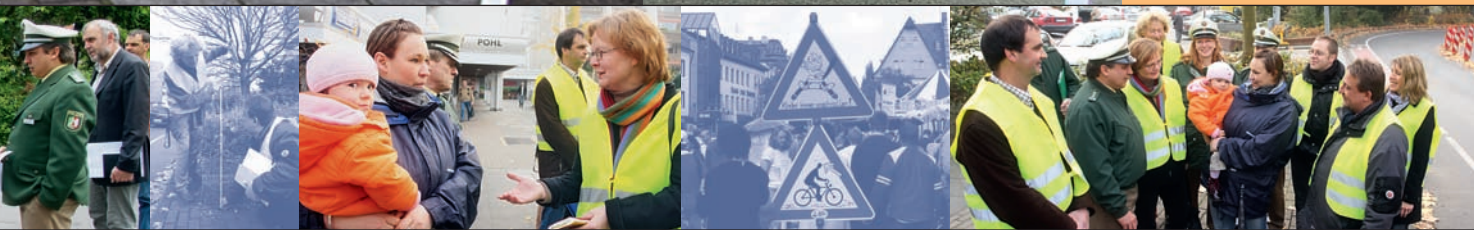
Das Konzept basiert auf einer Vernetzung der Träger der Verkehrssicherheitsarbeit und unterstreichen einer konzentrierten regionalen Arbeit. Dabei werden in den drei Handlungsfeldern Verkehrsplanung, Verkehrsüberwachung und Verkehrserziehung die Strategien untereinander abgestimmt und gemeinsam festgelegt.

Die „Kinderunfallkommission“ wurde als institutioneller Rahmen festgelegt. In ihr sind verschiedene Ämter der

Stadt (Straßenbaulastträger, Stadtplanung, Schulamt, Ordnungsamt), die Polizei (Fachbereich Verkehr, Verkehrssicherheitsberatung, örtliche Dienststelle) und der Kinderschutzbund vertreten. Weitere Akteure (z. B. ADFC) kommen von Fall zu Fall dazu. Die Federführung liegt bei der Stadtverwaltung.

In einem ersten Schritt untersuchte die Kommission die Kinderunfälle in der Stadt auf der Basis von sieben Unfalljahren. Für die verlässliche Identifizierung von Unfallschwerpunkten war diese breite Datenbasis erforderlich. Mit den bewährten Mitteln der Unfallkommissionsarbeit (Unfallsteckkarte, Unfalldiagramme und Bereisungen) wurden die damit identifizierten Häufungsstellen auf gefährdende Faktoren untersucht, Verbesserungsvorschläge erarbeitet und umgesetzt. Häufig waren es einfache Sichthindernisse die zum Unfall führten. Deswegen wird nun auch das Grünflächenamt der Stadt in der Kommission beteiligt.

In einem zweiten Schritt wurden alle Fußgängerüberwege der Stadt einem Sicherheitscheck unterzogen.



Flächendeckende Maßnahmen zur Verbesserung von Sichtfeldern entschärften dabei potenzielle Unfallstellen. Für den Bereich der Verkehrs- und Mobilitätserziehung wurde ein eigener Unterarbeitskreis mit den Schulen eingerichtet.

Eine Vielzahl neuer Publikationen werden für die Aufklärungsarbeit nun in den Schulen eingesetzt. Die Radverkehrsausbildung wurde wegen der besonderen Unfallsituation in Brühl (die meisten verunglückten Kinder waren Radfahrer der Altersgruppe 10-14 Jahre) auf das „Hamburger Modell“ umgestellt. Beispielhaft sind hier die weiteren initiierten Projekte aufgezählt:

- Tempo 30-Aktionen mit Kindern
- Jährliche Verkehrssicherheitstage
- Spielaktionen in verkehrsberuhigten Bereichen
- Fahrradsicherheitschecks in Schulen
- Filmprojekt von Schülern zum Thema „Sicher Radfahren in Brühl“
- Schulwegpläne
- Busführerschein
- Walking Bus in der Primarstufe.

Im Ergebnis hat sich die Zusammenarbeit gelohnt. Die Unfalldaten belegen das. Der Trend der steigenden Verunglücktenzahlen in den 90er Jahren konnte gestoppt

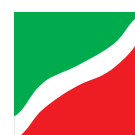
und umgekehrt werden. Während vor der Arbeit der Kinderunfallkommission noch durchschnittlich 33 Kinder auf den Straßen in Brühl jährlich verunglückten, waren es danach „nur“ noch 24, das sind 27 Prozent weniger.

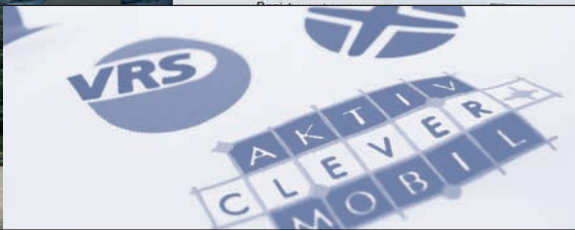
In der Bevölkerung ist die Kinderunfallkommission bekannt und anerkannt. Die Befragung einer Projektgruppe der FHS Köln im Jahr 2005 ergab, dass 64 Prozent aller Befragten Aktionen der Kommission kannten und 88 Prozent die Arbeit der Kommission wichtig und positiv für die Verkehrssicherheit der Kinder hielten.

Eine wissenschaftliche Untersuchung der Bundesanstalt für Straßenwesen im Jahr 2005 hat die Arbeit der Kinderunfallkommission Brühl als beispielgebend und richtungweisend bezeichnet. Viele Städte sind zwischenzeitlich diesem Beispiel gefolgt.

Weitere Informationen unter:

www.bruehl.de/leben/verkehr/kind_verkehr.php
www.polizei-nrw.de/rhein-erft-kreis/Vorbeugung/Verkehrssicherheit/





Netzwerk „Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Rheinland“ – Gemeinsam für mehr Verkehrssicherheit

Das Land Nordrhein-Westfalen hat in allen Regierungsbezirken inzwischen regionale Verkehrssicherheitsnetzwerke gegründet und Koordinierungsstellen eingerichtet. Das Vorbild dafür entstand am 9. Juni 2005 in Köln. Dort schlossen sich zunächst 24 Kommunen und drei Kreise aus dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) zum Netzwerk „Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Verkehrsverbund Rhein-Sieg“ zusammen. Es entstand damit ein starker Verbund von Kommunen und anderen Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit. Gemeinsam wird die lokale Verkehrssicherheitsarbeit mit dem Ziel gestaltet, weniger Verletzte und Tote im Straßenverkehr zu beklagen sowie die eigenständige Mobilität aller Bevölkerungsgruppen zu fördern. Dabei stehen vor allem die Nähe zu den verschiedenen Akteuren vor Ort sowie deren Unterstützung und persönliche Ansprache im Vordergrund. Mittlerweile gehören alle 43 Städte und Gemeinden und sieben Kreise im Regierungsbezirk Köln dem Netzwerk an.

Die Netzwerkkommunen verpflichten sich mit der von Bürgermeistern und Landräten unterzeichnete Beitrittsurkunde, folgende Ziele zu erreichen:

- Reduzierung der Verkehrsunfälle bei gleichzeitiger Förderung einer sicheren und eigenständigen Mobilität.
- Aufbau einer vernetzten Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene
- Teilnahme am Erfahrungs- und Informationsaustausch mit den anderen Netzwerkkommunen.

Zentrales Anliegen des Projektes ist die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure vor Ort. Insbesondere geht es um die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder und Jugendliche.

Die Organisationsstruktur und Projektpartner

Das Projekt ist gemeinsam vom Verkehrsministerium des Landes, der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen, der Bezirksregierung Köln und dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) initiiert worden. Die Projektpartner haben beim VRS eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die als Geschäftsstelle des Netzwerkes fungiert. Sie berät die Kommunen beim Aufbau der kommunalen Vernetzung, organisiert den Erfahrungsaustausch zwischen den Netzwerkkommunen und unterstützt die Kommunen in ihrer Arbeit vor Ort.



Ordnungspartnerschaften: Gemeinsam zum Ziel

Die Situation in den Innenstädten spielt in der Wahrnehmung von Sicherheit eine wesentliche Rolle. Bürgerbefragungen durch Polizeibehörden, Städte und andere Organisationen zeigen, dass sich Bürgerinnen und Bürger mehr Präsenz und Ansprechbarkeit der zuständigen Behörden wünschen.

Kommt es zu Beeinträchtigungen der Sicherheit in Innenstädten, hat dies häufig komplexe Ursachen und Wirkungen. Eine Lösung der Probleme muss deshalb diese Komplexität durch ein gemeinsam abgestimmtes und lokales Handlungskonzept möglichst aller Beteiligten berücksichtigen.

Die Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung erfordert den Einsatz sowohl von Ordnungspartnerschaften als auch von Kriminalpräventiven Räten. Eine sinnvolle Strategie muss daher beide Ansätze umfassen. Kriminalpräventive Räte und Ordnungspartnerschaften wirken komplementär und konkurrieren nicht miteinander.

Ordnungspartnerschaften sind das Dach, unter dem Aufgaben- und Entscheidungsträger Projekte unmittelbar vereinbaren. Sie sind keine selbstständigen Gruppen, sondern eine Kennzeichnung für einen Zusammenarbeitsrahmen, der das Ziel der Verbesserung der objektiven Sicherheit und die Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung verfolgt. Vornehmlich geht es dabei auch um die kurzfristige Beseitigung von Gefahren im Straßenverkehr, von Brennpunkten der Straßenkriminalität und von so genannten „Angsträumen“. Dieser Ansatz erfordert also zuerst verstärkt tatsituativ wirkende Präventions- und Repressionsmaßnahmen, konkret bezogen auf die von der Bürgerschaft, als bedrohlich empfundenen „Vorboten“ der Kriminalität.



Ordnungspartnerschaften sind demgemäß auch erst in zweiter Linie an der langfristigen und komplexeren Ursachenbekämpfung beteiligt.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass ein Zeitrahmen und eine schriftliche Festlegung der gemeinsamen Ziele und von Verantwortlichkeiten sowie Maßnahmen wesentliche Grundlagen für den Erfolg sind. Mit den beteiligten Ordnungspartnern sollten – wo immer es möglich ist – darüber hinaus Verfahren zur Überprüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen abgesprochen werden.

Gibt es vor Ort einen Kriminalpräventiven Rat, so kann dieser in die Ordnungspartnerschaft eingebunden werden.

Kriminalpräventive Gremien sind Gruppen unterschiedlicher kommunaler und staatlicher Aufgabenträger, die – unter Einbeziehung engagierter Bürger und Vereine – zusammenarbeiten, um durch Vorbeugung Wirkung gegen Kriminalität zu erzielen. Sie können als dauerhaft eingerichtete Gremien mit Lenkungscharakter oder als Projektgruppen zur Lösung eines konkreten Problems beitragen.

Die Arbeit solcher Gremien richtet sich nicht in erster Linie auf die kurzfristige Beseitigung von Symptomen, sondern bezieht die Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität mit in die konzeptionellen und projektbezogenen Überlegungen ein. Hier kann eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit etwa durch Konzepte einer zeitgemäßen Integration von Menschen in die Gesellschaft nur längerfristig und durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten erreicht werden.

Ordnungspartnerschaften können solche Strukturen auch für ihre Zwecke nutzen und in die Umsetzung der Lösungsansätze einbeziehen. Hierdurch bekommt die Zusammenarbeit eine fundiertere Grundlage. Die enge Zusammenarbeit im Rahmen von Ordnungspartnerschaften ist in vielen Städten und Gemeinden institutionalisiert. Dies wird von den Beteiligten positiv bewertet. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Behörden und Institutionen gehen motivierter an bestehende Probleme heran, weil sie durch die Beteiligung anderer Ordnungspartner problemnahe und umfangreichere Lösungsansätze verfolgen können. Dies gilt zum Beispiel für offene Drogenszenen, wo nachhaltige Veränderungen nur durch die gemeinsame Arbeit von Polizei, Ordnungs-, Ausländer-, Gesundheits- und Sozialbehörden erzielt werden können.

Die Polizei hat den Erkenntnissen aus Bürgerbefragungen bereits in vielen Bereichen Rechnung getragen und ihre Präsenz durch den Einsatz von Fuß- und Radstreifen erheblich verstärkt. Den Wünschen nach verbesserter Ansprechbarkeit kommt die Polizei dadurch nach, dass Beamtinnen und Beamten des Wachdienstes kleine, überschaubare Betreuungsbereiche zugewiesen werden und die Einbindung des Bezirksdienstes in die bürgerorientierte Polizeiarbeit weiter intensiviert wird. So beteiligen Bezirksbeamte die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Bezirk regelmäßig an der Sicherheitsarbeit, indem sie zum Beispiel Nachbarschaften eines Wohnblocks oder eines Straßenzuges zu Sicherheitsbesprechungen einladen und über aktuelle Entwicklungen aus polizeilicher Sicht informieren bzw. relevante Probleme aufgreifen.

Nach § 13 OBG führen die Ordnungsbehörden die ihnen obliegenden Aufgaben mit eigenen Dienstkräften durch. Demgemäß verfügen die Kommunen in der Regel seit langem für bestimmte ordnungsbehördliche Aufgaben über Vollzugsdienstkräfte, die im Außendienst tätig sind. Solche Kräfte sind beispielsweise mit Aufgaben der Gewerbeüberwachung, Verkehrsüberwachung, Lebensmittelkontrolle, Überwachung von Umweltschutzbestimmungen oder der Parkaufsicht betraut.

Zur allgemeinen, bereichsübergreifenden Gefahrenabwehr im öffentlichen Raum, z. B. zur Durchsetzung örtlicher Verordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, werden mit besonderer Dienstkleidung ausgestattete Vollzugsdienstkräfte von verschiedenen Städten und Gemeinden erfolgreich eingesetzt.

Teilweise wird die Streifentätigkeit von kommunalen Vollzugsdienstkräften allein wahrgenommen, teilweise – soweit gemeinsames Tätigwerden in konkreten Einzelfällen erforderlich ist – in Gestalt gemeinsamer Streifengänge zusammen mit Dienstkräften der Polizei. Auch bei alleiniger Wahrnehmung durch kommunale Kräfte erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei (zum Beispiel Lagebeurteilung, Vollzugshilfe).

Kommunale Ordnungsdienste mit öffentlich sichtbarer Präsenz stärken das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Sie können deshalb wertvolle Bausteine kommunaler Ordnungspartnerschaften sein.



Weitere Informationen

- : „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“, Erlass des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 9.1.1998 -IV C 2- 600/295 n. v.
- : „Kriminalitätsvorbeugung durch die Polizei“, Erlass des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 18.8.1993 (SMBL.NRW. 203010), (Kriminalpräventive Räte)
- : Broschüre „Sicherheit in Städten und Gemeinden“ des Innenministeriums
- : Broschüre „Polizei Nordrhein-Westfalen“ des Innenministeriums
- : Leitfaden „Ordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen“ des Innenministeriums und des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels
- : Günther, Albert/Mokros, Reinhard (Hrsg.) – Sicherheit in der Stadt – Ordnungspartnerschaften zwischen Land und Kommunen, Grüne Reihe der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Nordrhein-Westfalen, Band 15
- : Ansprechpartner sind die Polizeibehörden und Stadt- oder Gemeindeverwaltungen vor Ort
- : Internet-Angebot des Landespräventionsrates (www.lpr.nrw.de)
- : Internet-Angebot der Polizei Nordrhein-Westfalen (www.polizei.nrw.de)
- : Broschüre: „Landespreis für Innere Sicherheit 2003“ des Innenministeriums
- : Broschüre: „Landespreis für Innere Sicherheit 2004“ des Innenministeriums
- : Broschüre: „Landespreis für Innere Sicherheit 2005“ des Innenministeriums
- : Broschüre: „Landespreis für Innere Sicherheit 2007“ des Innenministeriums

Chronik Ordnungspartnerschaften in NRW

Der 24. September 1997 markiert den Start der Landesinitiative „Ordnungspartnerschaften“. Die folgende Übersicht zeigt einige Stationen auf dem Weg, der mittlerweile zu über 700 ordnungspartnerschaftlichen Projekten in 179 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden geführt hat:

1997

■ 24. September 1997:

Auftaktveranstaltung in Düsseldorf mit einer Konferenz für mehr Sicherheit in Bahnen und Bahnhöfen. Eingeladen sind Polizeipräsidenten und Vertreter der Großstädte in Nordrhein-Westfalen, der Deutschen Bahn AG, der Verkehrsverbände aber auch des Bundesgrenzschutzes.

1998

■ Januar 1998:

In einer ersten Phase werden in den Großstädten Bielefeld, Dortmund, Hagen, Düsseldorf, Krefeld und Köln Ordnungspartnerschaften modellhaft eingerichtet.

■ 14. Januar 1998:

Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Einrichtung von Ordnungspartnerschaften; Grundstein für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommunen.

■ 11. März 1998:

Gespräch mit Vertretern der Justiz, der Polizei- und Kommunalbehörden der Modellstädte. Ziel ist die Optimierung der Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität.

■ 02. April 1998:

Repräsentantinnen und Repräsentanten der Städte Ahlen, Bad Salzuflen, Dinslaken, Harsewinkel, Iserlohn, Lippstadt, Overath und der Gemeinde Sonsbeck sowie die Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Kreispolizeibehörden erklären sich bereit, als Modellstädte für den ländlichen Raum die Zusammenarbeit vor Ort in Ordnungspartnerschaften zu gestalten. Kurze Zeit später kommt noch die Stadt Frechen hinzu.

■ 15. April 1998:

Gespräche mit dem Hauptverband des Deutschen Einzelhandels und dem nordrhein-westfälischen Einzelhandelsverband, die aktiv in die Entwicklung von Ordnungspartnerschaften eingebunden sind.

■ 22. April 1998:

Gespräch mit Vertretern des privaten Sicherheitsgewerbes.

■ 05. Mai 1998

Rede des Innenministers Franz-Josef Kniola vor der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Wach- und Sicherheitsdienste zum Thema „Ordnungspartnerschaften und private Sicherheitsdienste“. Bei klarer Abgrenzung der Aufgaben und Kompetenzen ist die Polizei zu einer Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsgewerbe bereit. Gemeinsame Streifen werden aber nach wie vor strikt abgelehnt, damit Verantwortlichkeiten nicht verwischt werden.

■ **26. Mai 1998:**

Auf Initiative des Innenministeriums findet im Rahmen der „Rail-tec `98“ das Forum „3.11. Sicherheit im öffentlichen Schienenpersonenverkehr“ statt. Ordnungspartnerschaften werden als besonders geeignet eingeschätzt, mit der Funktion eines Gesamtkonzeptes mehr Sicherheit umsetzen zu können.

■ **19./20. August 1998:**

Zweitägiger Kongress „Jugendkriminalität“, der sich damit befasst, Ursachen von Jugendkriminalität zu analysieren, Erklärungsansätze zu finden, Schwachstellen des Sanktionssystems herauszuarbeiten und Lösungen aufzuzeigen, wie Tätern begegnet und Opfern geholfen werden kann. Neben ordnungspartnerschaftlichen Ansätzen natürlich ein weites Betätigungsfeld etwa für die Arbeit kriminalpräventiver Gremien, die Wissenschaft, Staatsanwaltschaft und Gerichte, Schulen und die Jugendhilfe.

■ **19. Oktober 1998:**

Start einer besonderen Ordnungspartnerschaft, und zwar des bundesweit einmaligen Pilotprojektes „ZeRP“ – Zentralstelle für regionales Sicherheitsmanagement und Prävention im Öffentlichen Personennahverkehr. Dahinter verbirgt sich eine Datenbank, in der sicherheitsbedrohliche Ereignisse an Haltestellen, Bahnhöfen und in Bahnen gespeichert werden, um Abhilfe zu schaffen. Teilnehmer sind die Städte Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Herne, Witten sowie die Verkehrsbetriebe, die Deutsche Bahn AG, die Bundespolizei und die Landespolizei Nordrhein-Westfalen.

1999

■ **17. November 1999:**

Auf dem Fachkongress „Ordnungspartnerschaften und bürgerorientierte Polizeiarbeit“ tauschen nordrhein-westfälische, belgische und niederländische Behörden in Aachen ihre Erfahrungen und Erkenntnisse aus, die sie im Zusammenhang mit den Anstrengungen zur Verbesserung der gemeinschaftlichen Aufgabenwahrnehmung und bürgerorientierten Polizeiarbeit gewonnen hatten.

2001

■ **06. Juni 2001:**

Durchführung eines Fachkongresses in Gelsenkirchen, mit dem Schwerpunktthema „Verbesserung der Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr“. Im Rahmen des Fachkongresses wurde der „Werkzeugkasten Prävention“ vorgestellt, der unterschiedliche Lösungsansätze für Sicherheitsprobleme im ÖPNV bietet (z.B. Einbindung jugendlicher Fahrzeugbegleiter zur Streitschlichtung bei Gleichaltrigen in Schulbussen). Als Abschluss der zweijährigen Pilotphase „ZERP“ schlossen die dreizehn Kooperationspartner eine Vereinbarung über die Weiterführung des Projektes.

2002

■ **18.09.2002:**

Mit dem in Köln durchgeführten Fachkongress „Ordnungspartnerschaften – Gemeinsam gegen Gewalt- und Jugendkriminalität“ wurden aktuelle Diskussionen zum Thema „Ursachen und Erscheinungsformen der Jugend- und Gewaltkriminalität“ nach den Ereignissen von Erfurt aufgegriffen. Verantwortungsträger von Städten und Gemeinden tauschten ihre Erfahrungen mit regionalen Handlungskonzepten zur Eindämmung oder Auflösung örtlicher Gewalt- und Jugendprobleme aus.

2003

03.12.2003:

Erstmalige Verleihung des Landespreises für „Innere Sicherheit, Ordnungspartnerschaften – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ – im Essener Rathaussaal.

Ausgezeichnet werden die fünf Ordnungspartnerschaften:

- Essen „Gemeinsam aktiv für Essen – Sicherheit und Hilfe im gesellschaftlichen Konsens“,
- Autobahnpolizei Köln „Mehr Sicherheit im LKW-Verkehr“,
- Bochum „Zivilcourage“,
- Mönchengladbach „K!DS in MG – Sicher unterwegs!“
- Köln „Sicheres Köln – Projekt Netzwerk gegen häusliche Gewalt“.



2004

17.03.2004:

Innenminister Dr. Fritz Behrens informiert sich vor Ort in Siegen über die Ordnungspartnerschaft „Treffpunkt Sicherheit“. Es folgen weitere Besuche des Innenministers bei erfolgreichen Ordnungspartnerschaften in Münster und Aachen.

03.12.2004:

Verleihung des Landespreises für „Innere Sicherheit 2004, Ordnungspartnerschaften – Mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden“ – im Museum Bochum – Kunstaussstellung.

Ausgezeichnet wurden die Ordnungspartnerschaften:

- Gelsenkirchen „Erhöhte Sicherheit für Kinder im Straßenverkehr“
- Essen „Gemeinsam aktiv für Essen – Kooperation statt Konfrontation“
- Münster „Graffiti – Auch mal andere Wege gehen“



31.08.2005:

Anlässlich einer Veranstaltung mit Leiterinnen und Leitern der Polizeibehörden und -einrichtungen betont Innenminister Dr. Ingo Wolf die Bedeutung von Ordnungspartnerschaften im Rahmen der Gewährleistung öffentlicher Sicherheit und verdeutlicht die Rolle der Leiterinnen und Leiter der Kreispolizeibehörden als „Motoren für Ordnungspartnerschaften“.

14.12.2005

Verleihung des Landespreises für „Innere Sicherheit 2005“ im Rahmen des Fachkongresses „Netzwerke für öffentliche Sicherheit – Ordnungspartnerschaften“ in Bonn.

Ausgezeichnet wurden die Ordnungspartnerschaften:

- Essen „Miteinander der Kulturen – Polizei im Dialog“
- Düren „Sichere Verkehrsteilnahme – Reduzierung von Motorradunfällen in der Eifel“
- Wuppertal/ Remscheid/ Solingen „Zahn um Zahn – Verkehrs-Erziehungs-Partnerschaft für Vorschulkinder“
- Mönchengladbach „JIT – Präventive Intervention bei jugendlichen Intensivtätern“
- Zentralstelle für Regionales Sicherheitsmanagement und Prävention „ZeRP – Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr“



Ordnungspartnerschaft Essen: „Miteinander der Kulturen – Polizei im Dialog“

Die 1997 gegründete Ordnungspartnerschaft Essen verbindet die 1100 Mitarbeiter der Polizei mit den 110000 Einwohnern der Stadt. Ein zentrales Element ist die „Polizei im Dialog“-Kampagne, die durch regelmäßige Treffen, Workshops und Informationsveranstaltungen zwischen den verschiedenen Kulturen der Stadt fördert. Ein zentraler Punkt ist die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten, insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität.

Ergebnisse:

Jahr	2004	2005
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	12	10
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	15	12
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	18	15
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	20	18
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	22	20
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	25	22

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bevölkerung hat zu einer deutlichen Reduzierung von Straftaten geführt. Ein zentraler Punkt ist die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten, insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität.



Ordnungspartnerschaft Düren: „Sichere Verkehrsteilnahme – Reduzierung von Motorradunfällen in der Eifel“

Die Ordnungspartnerschaft Düren hat sich auf die Reduzierung von Motorradunfällen in der Eifel konzentriert. Durch intensive Schulungen, Informationskampagnen und die Zusammenarbeit mit Motorradclubs wurde die Sicherheit auf den Straßen verbessert. Ein zentraler Punkt ist die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten, insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität.

Ergebnisse:

Jahr	2004	2005
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	12	10
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	15	12
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	18	15
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	20	18
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	22	20
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	25	22

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bevölkerung hat zu einer deutlichen Reduzierung von Straftaten geführt. Ein zentraler Punkt ist die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten, insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität.



Ordnungspartnerschaft Wuppertal/Remscheid/Solingen: „Zahn um Zahn – Verkehrs-Erziehungs-Partnerschaft für Vorschulkinder“

Die Ordnungspartnerschaft Wuppertal/Remscheid/Solingen hat sich auf die Verkehrs-Erziehung von Vorschulkindern konzentriert. Durch intensive Schulungen, Informationskampagnen und die Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten wurde die Sicherheit auf den Straßen verbessert. Ein zentraler Punkt ist die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten, insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität.

Ergebnisse:

Jahr	2004	2005
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	12	10
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	15	12
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	18	15
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	20	18
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	22	20
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	25	22

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bevölkerung hat zu einer deutlichen Reduzierung von Straftaten geführt. Ein zentraler Punkt ist die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten, insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität.



Ordnungspartnerschaft Mönchengladbach: „JIT – Präventive Intervention bei jugendlichen Intensivtätern“

Die Ordnungspartnerschaft Mönchengladbach hat sich auf die Präventive Intervention bei jugendlichen Intensivtätern konzentriert. Durch intensive Schulungen, Informationskampagnen und die Zusammenarbeit mit Jugendberufshilfen wurde die Sicherheit auf den Straßen verbessert. Ein zentraler Punkt ist die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten, insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität.

Ergebnisse:

Jahr	2004	2005
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	12	10
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	15	12
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	18	15
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	20	18
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	22	20
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	25	22

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bevölkerung hat zu einer deutlichen Reduzierung von Straftaten geführt. Ein zentraler Punkt ist die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten, insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität.



Ordnungspartnerschaft „ZeRP – Zentralstelle für Regionales Sicherheitsmanagement und Prävention“

Die Ordnungspartnerschaft „ZeRP – Zentralstelle für Regionales Sicherheitsmanagement und Prävention“ hat sich auf die Prävention von Straftaten konzentriert. Durch intensive Schulungen, Informationskampagnen und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren wurde die Sicherheit auf den Straßen verbessert. Ein zentraler Punkt ist die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten, insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität.

Ergebnisse:

Jahr	2004	2005
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	12	10
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	15	12
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	18	15
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	20	18
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	22	20
Verstöße gegen die Ordnungspartnerschaft	25	22

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bevölkerung hat zu einer deutlichen Reduzierung von Straftaten geführt. Ein zentraler Punkt ist die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten, insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität.



2006

■ 13. Dezember 2006

Verleihung des Landespreises für „Innere Sicherheit 2006“ im Rahmen des Fachkongresses „Netzwerke für öffentliche Sicherheit – Ordnungspartnerschaften“ in Wuppertal.

Ausgezeichnet wurden die Ordnungspartnerschaften:

- Hilden „Partnerschaft für eine gewalt- und angstfreie Jugendzeit im Stadtteil“
- Köln „Velo 2010“
- Münster und Gütersloh „Netzwerk Zuhause sicher“
- Unna „In den Knast gehst Du allein – Jucops helfen“



2007

■ 30. November 2007

Verleihung des Landespreises für „Innere Sicherheit 2007“ im Rahmen des Fachkongresses „Netzwerke für öffentliche Sicherheit – Ordnungspartnerschaften“ in Mönchengladbach.

Ausgezeichnet wurden die Ordnungspartnerschaften:

- Präventionsrat Gelsenkirchen (PräGE) – „Mehr Sicherheit im ÖPV“
- Hilden „ASS! Hilden – Aktionsbündnis Seniorensicherheit“
- Initiative Krefelder Fairkehr – „Unsere Fairantwortung für Kinder im Krefelder Fairkehr“



